

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/175

13. September 1974

Die Wirklichkeit, der man sich stellen will

Sozialdemokratische Überlegungen zum Katholikentag

Von Halger Bärner MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Ist der gemeinsame Agrarmarkt noch zu retten ?

Zum Konzept der Bundesregierung beim Brüsseler Pöker

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Übersichtlich und angemessen

Zum Zuwachs des Verteidigungsetats

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen
der SPD-Bundestagsfraktion und stellv. Vorsitzender
des Sicherheitspolitischen Ausschusses beim SPD-
Vorstand

Seite 5/ 20 Zeilen

Neues Wissen besiegt ererbte Vorurteile

Fazit einer Informationsreise durch die Sowjetunion

Von Hans Koschnick

Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und
Präsident des Deutschen Städtetages

Seite 6 und 7 / 56 Zeilen

Georges Spénale folgt Francis Vals

Sozialistische Europa-Fraktion wählte neuen Vor-
sitzenden

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 8 / 35 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 26
Telex: 05 96 846 - 48 spbd d

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Die Wirklichkeit, der man sich stellen will

Sozialdemokratische Überlegungen zum Katholikentag

Von Holger Börner MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der 84. Deutsche Katholikentag, der zurzeit in Mönchengladbach stattfindet, strebt unter dem Leitwort "Für das Leben der Welt" eine Neubesinnung auf den spezifischen Beitrag der Katholiken in Staat und Gesellschaft an.

Schon immer waren die Katholikentage Gelegenheiten, bei denen nicht nur zu Fragen des Glaubens und des innerkirchlichen Lebens, sondern vor allem auch zu gesellschaftlichen und politischen Themen Stellung genommen wurde. So hat sich auch der diesjährige Mönchengladbacher Katholikentag in seinen Arbeitsveranstaltungen eine Fülle von Themen gestellt, die nahezu alle Probleme und Sorgen der Gegenwart widerspiegeln. Mit dieser Fülle des Angebots, die jedenfalls die Möglichkeiten der Lösungen und Antworten überwiegt, wird der neue Stil des Katholikentages deutlich, der eine Diskussions- und Arbeitsgemeinschaft bieten will. Diese zahlreichen Themen vor der Öffentlichkeit zu diskutieren, erfordert Mut und bekundet die Absicht, nicht eine gruppenbezogene Betrachtung anzustellen, sondern sich der Herausforderung durch Gesellschaft und Welt zu stellen. So könnte dieser Katholikentag durch sein Programm in einer Reihe mit den großen Ereignissen stehen, mit denen die Katholische Kirche seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil versucht, ihren Beitrag zur Gestaltung der Welt zu erbringen.

Die säkularisierte Gesellschaft, die als ganze eine Bindung an letzte Werte nicht vollziehen kann, braucht Impulse und Anregungen jener

Gruppen, die sich solchen Wertorientierungen verpflichtet wissen. Es ist die große Aufgabe der Kirchen und Religionsgemeinschaften in unserem Land, die Möglichkeiten und Wege der Mitarbeit und Mitgestaltung aufzuspüren und zu nutzen.

Aussagen zu politischen Fragen, die aus christlicher Glaubenshaltung und Verantwortung für das Ganze der Gesellschaft gemacht werden, sind erst dann ein wirksamer Beitrag, wenn sie auf dem Feld politischer Entscheidungsfindung, das unsere demokratische Ordnung bietet, eingebracht und verständlich gemacht werden. Dazu bedarf es eines intensiven Gesprächs und der Auseinandersetzung mit allen entscheidenden politischen Kräften. Die personelle Zusammensetzung der offiziellen Mitarbeiter dieses Katholikentages läßt vermuten, daß die für den katholischen Bereich traditionsbedingten Schwierigkeiten dabei noch nicht überwunden sind. Aber erst die Aufgeschlossenheit für alle politischen Auffassungen und Gruppen kann garantieren, daß die Wirklichkeit, der man sich stellen will, und die Fülle der Lösungsmöglichkeiten ganz und richtig erfaßt werden.

Die Arbeiten und die Ergebnisse des 84. Deutschen Katholikentages sind für unsere Gesellschaft von Bedeutung. Wir Sozialdemokraten verfolgen seine Arbeit mit Interesse und hoffen, daß von ihm wichtige Impulse für die Lösung der Aufgaben ausgehen, die die gegenwärtige gesellschaftliche Lage uns stellt. Sicher werden die Ergebnisse Gelegenheit zur Weiterführung des Gesprächs zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Katholischen Kirche und ihren Gremien bieten. (-/13.9.1974/ks/pr)

+ + +

Ist der gemeinsame Agrarmarkt noch zu retten ?

Zum Konzept der Bundesregierung beim Brüsseler Paker

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Unmittelbar nach der Tagung des EG-Agrarrats am 15./16. Juli 1974 haben die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und nunmehr auch der Niederlande, nationale Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenslage in der Landwirtschaft mit einem Gesamtvolumen von mehreren Milliarden DM durchgeführt oder angekündigt. Diese Maßnahmen sind überwiegend rechtswidrig, weil sie mit dem EWG-Vertrag nicht übereinstimmen. Von einigen neuen Steuervergünstigungen abgesehen, wirken die Hilfen unmittelbar kostensenkend oder erlöserverbessernd; sie konservieren die Strukturen oder sie stabilisieren und stimulieren die Produktion. Eindeutiges Ziel ist die Erhaltung und Gewinnung von Marktanteilen.

Die Alleingänge der Partner haben die deutsche Agrarpolitik in doppelten Zugzwang gebracht: Die Bayern erwarten sowohl ein Nachziehen mit Sofortmaßnahmen als auch die Abwehr von Wettbewerbsverzerrungen. Hinter den Bonner Agrarkulissen wird nun seit Wochen beraten wie der Herausforderung einiger Mitgliedsstaaten zu begegnen ist. Die erwartete Entscheidung ist in der Kabinettsitzung am 11. September noch nicht gefallen, die Bundesregierung wird in der nächsten Woche nach der Sitzung des Agrarministerrats ihre Beratungen fortsetzen und notfalls eigene Wege zur Unterstützung der deutschen Bauern gehen.

Die zögernde Haltung der Regierung ist bei den Landwirtschaftsverbänden auf heftige Kritik gestoßen. Diese Kritik ist unbegründet, das Verhalten der Bundesregierung völlig richtig. Der Schwerpunkt ihres Verhandlungs-

konzepte für die Brüsseler Ministerrunde muß darin liegen, daß die vertragswidrigen Sonderregelungen heftig attackiert werden und auf Rücknahme der wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen gedrängt wird. Die Bundesregierung kann aber die Partner nur dann ins Unrecht setzen, wenn sie den Rücken frei hat von dem Vorwurf, sich mit eigenen Sondermaßnahmen ebenfalls außerhalb der Legalität begeben zu haben.

Bei dem Brüsseler Poker hält die Regierung eine entscheidende Karte in der Hand. Die meisten Mitgliedsländer werden versuchen, eine vorzeitige Anhebung der Agrarpreise durchzusetzen. In der Landwirtschaft weiß jedoch jeder, daß eine Anhebung um etwa vier vH. - wie die Kommission vorschlägt - in der jetzigen Lage nicht helfen würde. Darum sollte sich der deutsche Verhandlungsführer dem Begehren seiner Kollegen energisch widersetzen, selbst auf die Gefahr, daß er in die Minderheit gerät und am Ende gar alleine dasteht und schließlich die Brüsseler Runde ergebnislos auseinandergeht.

Eine Verweigerung von deutscher Seite ist, auch wenn sie zum Eklat führt, berechtigt. Es ist einfach nicht einzusehen, daß durch die nationalen Hilfen der anderen die deutschen Bauern in eine Erzeugungsschlacht getrieben werden, die bei ungleichen Wettbewerbsbedingungen zum dauernden Verlust ihrer Marktanteile führen muß. Unerträglich ist, daß durch die staatlich subventionierte Überschußproduktion, etwa bei den Franzosen, die deutsche Kasse geplündert werden soll. Unsere Regierung darf sich das Gesetz des Handelns nicht von außen aufzwingen lassen. Deshalb könnte eine Politik des "leeren Stuhls" - von Frankreich praktiziert, wenn es um eigene Interessen geht - eine heilsame Lehre sein und die Krise auch den Partnern voll bewußt machen.

Wenn der gemeinsame Agrarmarkt noch gerettet werden soll, dann kann dies jetzt nur noch von den Staatschefs her geschehen. Eine solche Rettungsaktion müßte gründlich vorbereitet werden. Dazu empfiehlt sich, in einer neuen "Konferenz von Stress" Bestandsaufnahme zu halten, ohne Tabus und unter Beteiligung aller, die in Agrarpolitik und Agrarwirtschaft Verantwortung tragen. In Stress wurde 1958 der Grundstein für den Bau des Europäischen Agrarmarktes gelegt. Getragen von dem festen Willen zur Gemeinsamkeit, bestand allseits Einigkeit über das Ziel, am Beispiel Agrarmarkt zu zeigen, wie Europa über eine Zollunion zu einer politischen Gemeinschaft zusammenwachsen kann. Inzwischen sind wir weiter denn je von der Verwirklichung dieser Idee entfernt. Soll Europa gerettet werden, dann jetzt durch die Bereitschaft, neu zu beginnen.

(-/13.9.1974/ks/pr)

+ + +

Ausreichend und angemessen

Zum Zuwachs des Verteidigungsetats

Von Werner Buchtaller MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen
der SPD-Bundestagsfraktion und stellv. Vorsitzender des
Sicherheitspolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand

Scharfe Kritik hatte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Manfred Wörner, am Beschluß der Bundesregierung geübt, die Verteidigungsausgaben für das Jahr 1975 nur um 3,9 vH. wachsen zu lassen; dies sei unverantwortlich und gefährde die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Das war Anfang Juni 1974. Es wäre besser gewesen, Dr. Wörner hätte nicht so voreilig und ohne Nachforschung die "großen Sicherheitsgefahren" an die Wand gemalt.

Zunächst sei hier festgestellt, daß sich bei Zugrundeliegung der Soll-Ansätze von 1974 und 1975 bei entsprechend berücksichtigtem Rechtsstand eine Steigerungsrate von 6,9 vH. ergibt; werden den Sollzahlen von 74 und 75 Personalverstärkungsmittel zugerechnet, ergibt sich eine Steigerungsrate von 7,4 vH. für den Entwurf des Verteidigungshaushaltes 1975.

Gemessen am Zuwachs des Gesamthaushaltes ist der Verteidigungshaushalt fast gleich gewachsen; für den Bedarf der Sicherung nach außen ist dies ausreichend und angemessen.

Nun ist die CDU/CSU-Opposition im Zugzwang, entweder die voreilige und falsche Beurteilung durch Dr. Wörner zurückzunehmen oder zu erklären, welche Steigerungsrate sie für den Einzelplan 14 bei der allgemeinen politischen und besonders finanz- und wirtschaftspolitischen Lage für erforderlich hält.

(-/13.9.1974/ka/pr)

+ + +

Neues Wissen besiegt ererbte Vorurteile

Fazit einer Informationsreise durch die Sowjetunion

Von Hans Koschnick

Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen und
Präsident des Deutschen Städtetages

"Das Klima der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ist seit Abschluß des 'Moskauer Vertrages' viel, viel besser geworden. Das fühlen die Menschen in unserem Lande jetzt tagtäglich." Diese Bemerkungen stammen nicht von einem deutschen Politiker. Sie stammen von einem sowjetischen Journalisten. Sie sind Teil eines Gesprächs, das ich während einer UdSSR-Reise mit einem Vertreter von Radio Moskau führte.

Diese positiven Feststellungen meines sowjetischen Gesprächspartners sollten allerdings niemanden zu der Annahme verleiten, zwischen unseren Staaten und unseren Völkern sei bereits alles in Ordnung. Im Gegenteil: Es gibt ganz zweifellos noch eine Fülle ungelöster Probleme und eine Fülle damit zusammenhängender Aufgaben. Der "Moskauer Vertrag" hat sozusagen nur den Punkt Null markiert, an dem alles begonnen hat. Und von dort aus gesehen, ist tatsächlich bereits eine gute Wegstrecke zurückgelegt worden. Die Kommuniqués nach den Gesprächen zwischen Leonid Breschnjew und Willy Brandt sind die ersten Kilometersteine auf dem Wege zu Entspannung und Verständigung gewesen.

Allmählich aber wird es Zeit, die Straße, auf der sich die Begegnung zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vollzieht, zu verbreitern. Annäherung kann nicht nur auf dem besseren Verständnis beruhen, das Politiker möglicherweise voneinander gewinnen; Annäherung ist auch nicht allein eine Frage einer Ausweitung der Handelsbeziehungen und des Kulturaustausches. Sicher, das alles gehört dazu. Sicher, das alles ist eminent wichtig. Und dennoch: Annäherung, Aussöhnung, Freundschaft gar, ist nur möglich, kann nur gedeihen, wenn die Völker, die Menschen sich

unmittelbar begegnen, wenn sie sich kennenlernen, und wenn neues Wissen ererbte Vorurteile besiegt.

Diesem Zweck diente meine Reise in die UdSSR. Als Präsident des Deutschen Städtetages wollte ich im Gespräch mit sowjetischen Oberbürgermeistern die Möglichkeiten abklopfen, partnerschaftliche Bindungen auch zwischen Städten in der Bundesrepublik Deutschland und in der Sowjetunion zu entwickeln. Die Einladung dazu war von der "Association der sowjetischen Partnerstädte" ausgegangen. In vier Städten - in Moskau, in Leningrad, in Odessa und in Riga - hatte ich eine Woche lang Gelegenheit, Informationen zu sammeln, Meinungen auszutauschen.

Als Fazit dieser Reise darf ich zunächst zweierlei festhalten:

1/ Bei meinen sowjetischen Gesprächspartnern habe ich die uneingeschränkte Bereitschaft festgestellt, breite Kontakte zwischen den Städten herzustellen. Ausdrücklich eingeschlossen war dabei die Heratellung von Kontakten zwischen gesellschaftlichen Gruppen, also etwa im Sport, in den Jugendorganisationen und in der Bildungsarbeit.

2/ Nach meiner festen Überzeugung wird der kommunale Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen Städten in der Bundesrepublik und in der UdSSR sich als nützlich und konstruktiv erweisen. Zwar ähneln sich weltweit die Probleme der Ballungsgebiete, aber aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen heraus haben sich auch unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten oder -notwendigkeiten entwickelt. Wir können dabei voneinander lernen.

Aller Voraussicht nach wird eine Delegation der "Association der sowjetischen Partnerstädte" im Frühjahr 1975 - einer Einladung des Deutschen Städtetages folgend - die Bundesrepublik besuchen. Bei dieser Gelegenheit kann und wird es bereits darum gehen, konkrete Fragen von Städtepartnerschaften zu regeln. Mit großer Befriedigung ist in der Sowjetunion vermerkt worden, daß die neue Bundesregierung Schmidt/Genscher dem Ausbau und der Festigung der gegenseitigen Beziehungen ebenso große Bedeutung zumißt wie die Regierung Brandt/Scheel. Dies ist eine gute und verlässliche Basis für den Beitrag, den auch Kommunalpolitiker zu leisten haben.

(-/13.9.1974/ks/pr)

Georges Spénale folgt Francis Vals

Sozialistische Europa-Fraktion wählt neuen Vorsitzenden

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hat während ihrer Studientagung in Bastia auf Korsika den französischen Sozialisten Georges Spénale (60), Bürgermeister der Stadt St. Sulpice (Tarne), zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt damit die Nachfolge seines verstorbenen Freundes Francis Vals an, der sieben Jahre lang die Geschicke dieser Fraktion geleitet hat. Als Europäer der ersten Stunde haben sowohl Francis Vals als auch Georges Spénale nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur sich sofort in den Dienst des Wiederaufbaus in Frankreich und in Europa gestellt und beispielhaftes geleistet. Francis Vals gehörte zur ersten Generation der europäischen Parlamentarier. Von Anfang an hat er sich unermüdlich für ein menschliches und soziales Europa eingesetzt. Bis zu seinem jähren Tod hat er nicht aufgehört, für die Vorstellungen der europäischen Sozialisten zu kämpfen.

Georges Spénale, seit 1964 Mitglied des Europäischen Parlaments, wird nun das Werk seines Freundes fortsetzen. Dazu ist der Jurist aus Süd-Frankreich auch in hervorragender Weise geeignet. 1913 in Carcassonne geboren, setzte er sich stets für seine Mitbürger und als früherer französischer Gouverneur in Togo in besonderer Weise für bessere Beziehungen zu den Menschen in der Dritten Welt ein. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Europäischen Parlament hat sich Spénale als unermüdlicher Streiter für die Aufwertung dieses Parlaments hervorgetan. Sein Können und seine Hartnäckigkeit haben ihm Anerkennung und Vertrauen des ganzen Hauses eingebracht. Wenn jetzt mehr und mehr Rechte an das Parlament gehen, dann darf Spénale dies als seinen Erfolg buchen. Der politische Weg dieses stets auf Ausgleich bedachten Mannes ist gezeichnet durch eine langjährige Erfahrung in den demokratischen Institutionen seines Landes. Hier ist er als Parlamentarier auf vielen Ebenen tätig.

Mit seinem integrierenden Wesen wird es Georges Spénale gelingen, in dieser Fraktion, die Abgeordnete aus acht Ländern vereint, ausgleichend zu wirken. Die Sozialistische Fraktion setzt große Hoffnungen auf ihren neuen Präsidenten. Das Vertrauen für Georges Spénale kam in seiner einstimmigen Wahl zum Ausdruck. Er wurde vom stellv. Fraktionsvorsitzenden, dem SPD-Abgeordneten Ludwig Fellermaier, für dieses Amt vorgeschlagen.

Die deutschen Sozialdemokraten beglückwünschen Georges Spénale und sichern ihm ihre loyale Mitarbeit zu. (-/13.9.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller